



CHAMBRE DES SALARIÉS
LUXEMBOURG



GEMEINSAME PRESSEERKLÄRUNG

Internationaler Jugendtag der Arbeitskammern fordert in einem gemeinsamen Papier berufliche Perspektiven für junge Menschen

Mit Blick auf das beginnende neue Ausbildungsjahr appelliert der Internationale Jugendtag der Arbeitskammern in einem gemeinsamen Papier an die Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen und jungen Menschen trotz der durch die Pandemiekrise verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit einer Ausbildung eine Zukunftsperspektive zu bieten. „Wenn es den gesellschaftlich Verantwortlichen nicht gelingt, junge Menschen durch eine Ausbildung ins Arbeitsleben zu integrieren, drohen diesen neben einer Perspektiv- und Arbeitslosigkeit auch schlechte Beschäftigungsverhältnisse“, sagt Sylvain Hoffmann, Direktor der Arbeitnehmerkammer Luxemburg. Die Kammern fordern außerdem eine Ausbildungsgarantie wie in Österreich und einen Umlagefonds für betriebliche Ausbildung.

Bereits im Frühjahr haben sich die Arbeitskammer des Saarlandes, die Chambre de salariés Luxembourg, die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Arbeiterkammern Österreichs auf einem internationalen Jugendtag ausführlich mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt in ihren Ländern befasst. Daraus ist ein gemeinsames Papier entstanden, das jetzt vorgelegt und veröffentlicht wird. „Die Sorgen junger Menschen um ihre berufliche Zukunft sind seit der Pandemiekrise nicht nur in Luxemburg gewachsen. Auch im Saarland und Österreich schrumpft der Ausbildungsmarkt“, so Sylvain Hoffmann. Thomas Otto, Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes: „Es gilt unbedingt zu vermeiden, dass aus der COVID-19 Krise eine Krise der Berufsausbildung wird.“

Dabei ist jetzt schon klar: Die Coronakrise hat besonders die duale Ausbildung hart getroffen. In einem am 30. Juni 2021 erschienenen Bericht, analysiert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Berufsausbildung. Darin untersucht sie, welche Strategien Mitgliedsländer angesichts der Schulschließungen entwickelt haben, um Lernen weiterhin zu ermöglichen oder um entstandene Lerndefizite zu kompensieren. Thema waren auch der mögliche wirtschaftlich bedingte Rückgang an betrieblichen Lehrstellen und Maßnahmen, die zur Förderung des Angebots an Ausbildungsstellen getroffen wurden.

Damit auf die Coronakrise keine Ausbildungskrise folgt, fordern die Kammern neben einer Ausweitung der Ausbildungskapazitäten des öffentlichen Dienstes vor allem eine Ausbildungsgarantie, wie sie bereits seit längerem in Österreich existiert. Diese ermöglicht Jugendlichen den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in einer außerbetrieblichen Einrichtung mit dem Ziel die Ausbildung schnellstmöglich in einem passenden Betrieb fortzusetzen.

Darüber hinaus fordern die Kammern einen durch betriebliche Abgaben finanzierten Umlagefonds, welcher die Kosten für Ausbildung fair auf alle Betriebe verteilen soll und

1/2

für einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen sorgen würde.

Weitere Forderungen sind eine vermehrt digital durchgeführte Berufsorientierung sowie eine Absicherung des Ausbildungserfolges für junge Menschen, die sich bereits in Ausbildung befinden.

Luxembourg, le 22.07.2021

Communiqué N°8

